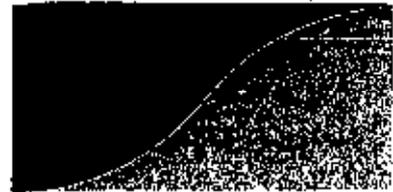


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Zur Lage der Partei im
Februar 1981: Unsere Ver-
antwortung.

Seite 1-5

Hans-Jürgen Wischnewski MdB,
Stellvertretender Vorsit-
zender der Sozialdemokrati-
schen Partei Deutschlands,
würdigt Lothar Schwartz;
In vieler Hinsicht Maßstäbe
gesetzt.

Seite 6

Rolf Selzer, Landesge-
schäftsführer der SPD in
Schleswig-Holstein zum Tod
von Walter Damm: Ein Mann
der Gradlinigkeit und des
beherzten Zupackens.

Seite 7

Klaus Kübler MdB kommen-
tiert das Mineralölsteuer-
Hearing: Automobillobby
auf Abwegen.

Seite 8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 30

12. Februar 1981

Unsere Verantwortung

Zur Lage der Partei im Februar 1981

Der Vorstand der SPD bittet alle Mitglieder und Freunde,
die nachfolgende Erklärung aufmerksam zur Kenntnis zu neh-
men und tatkräftig dazu beizutragen, daß Unklarheiten über
den Inhalt sozialdemokratischer Politik ausgeräumt werden.

I.

Wir stehen im Wort

Sozialdemokraten stehen in der Verantwortung für die Bun-
desrepublik Deutschland. SPD und FDP haben den Auftrag, bis
1984 die Bundesregierung zu stellen. Diesem Auftrag müssen
wir gerecht werden. Politische Aufgabe der Sozialdemokratie
bleibt die entschiedene Unterstützung von Helmut Schmidt
und seiner Regierung. Die sozial-liberale Koalition ist
weiterhin ohne überzeugende Alternative.

Sozialdemokraten in Deutschland dürfen und können sich 1981
weniger denn je aus der Verantwortung stellen. Die Chance
zur aktiven Gestaltung der Politik darf nicht wegen Proble-
men aufgegeben werden, von denen einige sich schon mittel-
fristig als sehr viel weniger bedeutend herausstellen wer-
den und von denen andere nur durch sozialdemokratische Re-
gierungsverantwortung gelöst werden können.

Die Koalitionsparteien haben sich durch die Regierungser-
klärung vom 24. November 1980 auf ein Programm für die näch-
sten vier Jahre verständigt. Beide Partner werden daran
festhalten und gleichzeitig für neue Herausforderungen of-
fen sein. Ohne Kompromisse ist eine Koalition von zwei
Parteien und Fraktionen nicht denkbar. Überflüssige Polemik
und publizitätssüchtige Spekulationen schaden der Zusammen-
arbeit. Das gilt für beide Seiten.



II.

Den Blick nach vorn richten

Die Berliner haben neuen Mut gefaßt durch das Beispiel von Hans-Jochen Vogel und seiner Mannschaft. SPD und FDP beweisen: Sie haben die Kraft zu schnellem und entschlossenem Handeln.

Die SPD hat für Berlin große Leistungen erbracht; sie hat in den letzten Jahren aber auch Fehler gemacht. Die Sozialdemokratie als Partei mit langer Geschichte und großer politischer Erfahrung hat die Fähigkeit, aus ihren Fehlern zu lernen.

Der Neuanfang des Senats unter Hans-Jochen Vogel wird auf der Ebene der Partei nachvollzogen. Die Berliner Sozialdemokraten, die für diese Stadt mehr Kraft aufbringen mußten als jede andere Partei und auch deshalb keine unsolidarische Pauschalschelte verdient haben, werden unverbrauchte Kräfte für Partiefunktionen und Parlament vorschlagen, darunter besonders engagierte Arbeitnehmer und Frauen. In Berlin rüstet sich die SPD zu einer großen Kraftanstrengung. Jeder Sozialdemokrat sollte sich angesichts der Wahlen in Berlin fragen, was sein Beitrag zu einem erfolgreichen Ergebnis sein kann. In den kommenden Wochen bis zum 10. Mai wird sich zeigen, auf wen man sich verlassen kann. Jetzt gilt es, Hans-Jochen Vogel und den Berliner Sozialdemokraten eindeutig den Rücken zu stärken.

III.

Sicherung von Arbeitsplätzen in schwieriger werdenden Zeiten

Auf dem Hintergrund einer weitweiten Rezession finden in der Wirtschaft Umwälzungen statt, die unser Land und jeden von uns betreffen. Schwarzmalerei ist darauf ebenso wenig eine Antwort wie die Auffassung, man könne diesen Prozeß sich selbst überlassen.

Die ökonomische Hauptaufgabe der nächsten Jahre wird darin liegen, die Strukturanpassung der deutschen Wirtschaft durchzuführen, das außenwirtschaftliche Gleichgewicht wieder herzustellen und die soziale Stabilität in unserem Lande zu erhalten. Die weltwirtschaftlichen Herausforderungen erfordern eine enge internationale Abstimmung der Wirtschafts-, Finanz-, Energie- und Geldpolitik. Diese Zusammenarbeit muß geleitet sein von dem Bestreben, einen Ausgleich der Interessen zwischen den Industrieländern, den Ölförderländern und den Entwicklungsländern zu finden. Die Bundesrepublik Deutschland muß sich entsprechend ihrer weltweiten Verantwortung hierbei besonders engagieren.

In der Regierungserklärung vom November 1980 steht für uns alle verpflichtend: "An dem Ziel der Vollbeschäftigung muß festgehalten werden." Das heißt: Die Sicherheit der Arbeitsplätze und ein hoher Beschäftigungsstand stehen für uns obenan. Konservative Rezepte taugen nichts. Sie haben in anderen Ländern zu verheerenden Konsequenzen für Beschäftigung, Preisentwicklung und den sozialen Frieden geführt. Für die Bundesrepublik bleibt richtig: Wir befinden uns noch immer in einer wettbewerbsstarken und erfolgreichen Position. Das wollen wir uns auch nicht kaputt machen lassen, sondern wir wollen die Modernisierung und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft stärken helfen. Aber ebenso deutlich sagen wir, daß mit dem technologischen Wandel die Bereitschaft zum sozialen Wandel einhergehen muß.

Eine der wichtigsten Aufgaben für die Vertrauensarbeit der SPD liegt darin, unseren Mitbürgern die schwierigen Bedingungen, unter denen unsere Bundesregierung und wir alle zu handeln haben, zu erklären und den Sinn für das jetzt Mögliche zu wecken.

Zur Lösung unserer Probleme brauchen wir andere Mittel als allgemeine Konjunkturprogramme.

Solchen Programmen stehen schon das ölpreisbedingte Leistungsbilanzdefizit entgegen sowie die Gefahr, daß dann die weltweite Inflation stärker als bisher in die Bundesrepublik hereinschwappt. Es kommt darauf an, Wachstumsfelder auszuwählen, in denen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden können. Dazu gehört unter anderem der Wohnungsbau, die Altbauanierung, das Energiesparen und der Kraftwerksbau, insbesondere der Ersatz von alten Kohlekraftwerken. Die Möglichkeiten, die in diesen und anderen Bereichen für



die Stärkung unserer Wirtschaftskraft liegen, werden von der soeben eingesetzten Arbeitsgruppe "Beschäftigung" der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion zusammengetragen und bewertet. Bereits im April werden deren Ergebnisse vorliegen.

Die großen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, vor die wir gestellt sind, sind nur mit den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften zu lösen. Die SPD hält unverändert an ihrer im Godesberger Programm verankerten Forderung nach Mitbestimmung der Arbeitnehmer fest. Das jetzt anstehende Gesetz zur Sicherung der Montan-Mitbestimmung verhindert für sechs Jahre, daß am 1. Juli 1981 der Großkonzern Mannesmann und später weitere Unternehmen aus der Montan-Mitbestimmung herausfallen. Jedermann soll wissen, daß wir um eine dauerhafte Sicherung der paritätischen Mitbestimmung der Arbeitnehmer weiterkämpfen werden.

Wir wissen: Mitbestimmung ist eine grundlegende Voraussetzung für die Humanisierung des Arbeitslebens. Das gilt besonders in Zeiten technologischen und strukturellen Wandels in der Wirtschaft.

Die Schwierigkeiten in Teilbereichen des Wohnungsmarktes, vor allem der großen Städte, stecken neben anderem in Funktionsmängeln der Bodenordnung und groben Ungerechtigkeiten in der Verteilung des Grundvermögens. Wir müssen stärker als bisher deutlich machen, daß auch in diesem Bereich größere Leistungsfähigkeit ohne mehr Gerechtigkeit nicht denkbar ist. Außerdem ist notwendig, die Fehlentwicklungen bei der Modernisierung und Sanierung der Städte erkennbar zu machen und sie zu überwinden.

Die Entscheidungen über die künftige Energieversorgung ist eine Schlüsselfrage. Die SPD hat sich mit dieser Frage intensiv auseinandergesetzt und auf ihren Parteitagen gültige Beschlüsse gefaßt.

Unsere Energiepolitik wird von folgenden Gesichtspunkten bestimmt:

Als Wichtigstes verstärkte Energieeinsparung

Vorrang der Kohle

Förderung alternativer Energien

Einsatz der Kernkraft, wo der Strombedarf auf andere Weise nicht zu decken ist.

Bisher sind zwar spürbare Öleinsparungen erfolgt, aber es sind immer noch erhebliche Energieeinsparungsmöglichkeiten ungenutzt. Die SPD wird in Bund, Ländern und Gemeinden die Möglichkeiten der Energieeinsparung verstärkt verfolgen. Wir unterstützen das Angebot der Bundesregierung an die Länder, ein neues Fernwärmeprogramm aufzulegen ebenso wie die Ankündigung, ein Gesetz zur Beendigung des Öleinsatzes in Kraftwerken vorzubereiten.

Zur Kernenergie beziehen wir uns auf die Beschlüsse der Parteitage von Hamburg und Berlin mit den darin enthaltenen Lösungsmöglichkeiten.

Wo in einzelnen Regionen zwischen unterschiedlichen energiepolitischen Lösungswegen entschieden werden muß, dürfen wir uns das vom politischen Gegner nicht als eine Frage von Sein oder Nichtsein aufreden lassen. Das gilt auch für Brokdorf. Sowohl der Bau eines Kernkraftwerkes in Brokdorf wie auch der Bau alternativer Kohlekraftwerke mit Wärmekraftkopplung als Ersatz für Brokdorf stünden in Übereinstimmung mit dem Parteitagsbeschuß der SPD.

Es gibt keinen Grund, an dieser Frage die Regierungsfähigkeit und den Willen zur verantwortlichen Gestaltung der Politik aufs Spiel zu setzen. Wenn jemand in diesem Land eine verantwortliche und der Zukunft zugewandte Energiepolitik entwickeln und durchsetzen kann, dann sind es die Sozialdemokraten.

IV.

Den Frieden sichern

Die von SPD und FDP seit 1969 konsequent verfolgte, mit den westlichen Verbündeten eng abgestimmte Politik des Gleichgewichts, der Entspannung und der sachlichen Zusammenarbeit hat unserem Land und Europa mehr Sicherheit gegeben. SPD und FDP haben diese Poli-



tik gegen den harten Widerstand der Unionsparteien und eines Teiles der veröffentlichten Meinung durchgesetzt. Bis jetzt fehlt es den traditionellen Kritikern an der Kraft, sich auf den Boden der Gegebenheiten zu stellen.

Inzwischen drohen neue Gefahren für den Frieden. Eine weitere Beschleunigung des Wett-rüstens, die sowjetische Invasion in Afghanistan, der Krieg zwischen dem Irak und Iran, immer häufiger auftretende andere regionale Krisen und die Verschärfung des Nord-Süd-Konflikts können auch unsere Sicherheit entscheidend gefährden.

Bundeskanzler Helmut Schmidt, Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Verteidigungsminister Hans Apel haben auch in den schwierigen Monaten nach Afghanistan und angesichts der akuten Gefährdungen um Polen bewiesen, daß sie erfolgreiche Arbeit für den Frieden leisten. Der Parteivorstand bekräftigt die Erklärung der SPD-Bundestagsfraktion vom 10. Februar und unterstreicht, "daß die Politik der Mäßigung das Gebot der Stunde ist und daß der Rückgriff auf Gewalt innerhalb wie außerhalb Europas mit den Prinzipien der Schlußakte von Helsinki unvereinbar war und ist".

Sozialdemokraten wissen, daß das Bündnis und unser Beitrag für das Bündnis für unsere Sicherheit unverzichtbar sind. In ihm vertreten wir unsere deutschen und europäischen Interessen. Zur Politik des Gleichgewichts, des sachlichen Miteinanders, des friedlichen Ausgleichs unterschiedlicher Interessen, zur Politik des Abbaus von Spannungen gibt es auch in den achtziger Jahren keine Alternative. Diese Politik weiterzuentwickeln, ihr zu neuen Erfolgen zu verhelfen, dazu sind wir Sozialdemokraten heute aufgerufen.

Die Sozialdemokraten wissen, daß für eine Politik der Friedenssicherung das annähernde Gleichgewicht zwischen den Bündnissystemen erforderlich ist. Das schließt für Sozialdemokraten eine Position der Schwäche ebenso aus wie das Streben nach militärischer Überlegenheit.

Der Parteivorstand bekräftigt die Beschlüsse des Berliner Parteitags zur Sicherheitspolitik, zum Bündnis und zur Bundeswehr. Er stellt fest, daß die Politik der Bundesregierung mit unseren Beschlüssen in Übereinstimmung ist. Zum Doppelbeschluß der NATO hat der Parteitag in Berlin beschlossen, daß die Bundesregierung der Stationierung der von den USA in eigener Verantwortung zu entwickelnden Mittelstreckenwaffen in Europa (die frühestens 1983 möglich ist) nur unter der auflösenden Bedingung zustimmt, daß auf deren Einführung verzichtet wird, wenn Rüstungskontrollverhandlungen zu Ergebnissen führen. Aufgrund dieses Beschlusses sind Dank der Bemühungen der Bundesregierung entsprechende Verhandlungen in Gang gekommen. Die SPD unterstreicht die Notwendigkeit und Dringlichkeit von Verhandlungen, ohne die es keine befriedigenden Ergebnisse, wie von uns angestrebt, geben kann.

Die SPD geht davon aus, daß die Bundesregierung bei den verantwortlichen Partnern auf die weitere faktische Einhaltung der Grundsätze des SALT-II-Abkommens drängen wird, ebenso wie auch eine baldige Fortsetzung des SALT-Prozesses und dabei weiterhin die besonderen Interessen Europas und der Bundesrepublik deutlich macht.

Nur wenn die Voraussetzungen für Rüstungsbegrenzung geschaffen werden, ergeben sich auch mehr Möglichkeiten für eine konstruktive Entwicklungspolitik. Ein Alleingang zur Koppelung von Rüstungsbegrenzung und Förderung der Entwicklungsländer kann nicht erfolgreich sein.

Die bisherige restriktive Rüstungsexportpolitik soll beibehalten werden. Dies wird auch bei gegenwärtig erörterten Waffenlieferungswünschen zu beachten sein.



Zur künftigen besseren Abstimmung zwischen Regierung und Regierungsfraktionen sind Vorkehrungen getroffen. Unsere Fraktion hat dazu eine "Arbeitsgruppe Rüstungsexport" eingesetzt, die ihre Vorschläge schon im nächsten Monat unterbreiten wird.

Der Parteivorstand hat schon auf seiner Sitzung vom 12. Dezember 1980 gegenüber der Bundesregierung einmütig zum Ausdruck gebracht, daß er Waffenlieferungen an das chilenische Regime nicht für richtig hält. Er unterstützt die Bemühungen, die Lieferung von U-Booten an Chile zu vermeiden.

V.

Offene Diskussion, geschlossenes Handeln

Eine offene Diskussion, mit der die SPD die Probleme der Menschen und der Gesellschaft aufnimmt, ist so notwendig wie die Luft zum Atmen. Wie die letzten zehn Jahre zeigen, hat die SPD auch bei Wahlen dann am besten abgeschnitten, wenn sie lebendig diskutiert und den Bürgerinnen und Bürgern, die auch ihrerseits unterschiedliche Meinungen haben, gezeigt hat, daß sie ihre Probleme versteht und sich um ihre bestmögliche Lösung bemüht. Praktisch heißt das: Wir müssen miteinander reden, nicht übereinander. Auch heftige Kontroversen in der Sache können voranführen, wenn sie den Boden menschlichen Anstands und politischer Verbundenheit nicht verlassen.

Führende Sozialdemokraten sollten keine öffentliche Kritik am Zustand der jeweils anderen Verantwortungsbereiche üben. Jeder hat seine Verantwortung und alle haben sie miteinander zu tragen. Und kein einzelner Sozialdemokrat darf sich anmaßen, allein zu entscheiden, was sozialdemokratische Politik ist.

Das Jahr 1981 ist ein Jahr besonderer Herausforderungen und ein Jahr der Bewährung für alle Sozialdemokraten. Die Partei muß deshalb ihre Inhaltlich-politische Arbeit konzentrieren und sich noch stärker den neuen Themen zuwenden, die sich in der Gesellschaft der 80er Jahre herausbilden. (-/12.2.1981/ks/ca)

+ + +

(Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat vorstehenden Beschluß auf Vorschlag des Parteivorsitzenden Willy Brandt auf seiner Sitzung am 11. Februar 1981 gefaßt).



In vieler Hinsicht Maßstäbe gesetzt

Zur Verabschiedung von Lothar Schwartz

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB
Stellvertretender SPD-Vorsitzender

Die kleinste Einzelgewerkschaft verliert heute ihren Senior und Motor. Es ist die Rede von Lothar Schwartz, dem Pressesprecher des SPD-Vorstandes, der uns nach 18jähriger Tätigkeit für die Partei verläßt, um eine verantwortliche Position bei der Deutschen Weile zu übernehmen. Der von ihm selbst geprägte Begriff von der Gewerkschaft der Parteisprecher wirft ein Licht auf das Selbstverständnis von Lothar Schwartz und sein Verständnis von politischer Arbeit. Auch wenn er die "ebenso zynischen wie demagogischen Äußerungen" seiner Unions-Kollegen "mit Abscheu und Empörung" zurückweisen mußte, vergaß er nie, daß die "politischen Brunnenvergifter" auf der anderen Seite auch Menschen und Kollegen sind.

Menschlichkeit und Kollegialität, Hilfsbereitschaft und Solidarität bis zur Hintanstellung seiner eigenen Person - dies sind für Lothar Schwartz Selbstverständlichkeiten. In den 18 Jahren seiner Tätigkeit für den SPD-Vorstand, zuerst als Referent für Funk und Fernsehen, später als stellvertretender und seit 1973 als erster Pressesprecher hat Lothar Schwartz nie nach seiner eigenen journalistischen Karriere gefragt. Er hat vielmehr sein journalistisches Können und sein politisches Wissen rückhaltlos in den Dienst der Partei gestellt. Er hat dabei seine Aufgabe als Pressesprecher nicht als die des Partei-Lautsprechers verstanden. Lothar Schwartz hat immer wieder mit Erfolg versucht, den beiden Interessengruppen, die sich in seiner Tätigkeit trafen, gerecht zu werden. Dem SPD-Vorstand war er ein wertvoller Berater bei der Formulierung der komplizierten Sachzusammenhänge der Politik. Für seine Kollegen von der journalistischen Zunft war er Dolmetscher für das Polit-Chinesisch mancher Parteioberen ebenso wie ein Sesam-öffne-Dich, wenn es darum ging, den direkten Kontakt zwischen Presse und Politik herzustellen. Er hat dabei viel aushalten müssen: Druck und Drängen von den Kollegen auf der einen und nicht selten Zugeknöpftheit und Informations-Unwilligkeit von Politikern auf der anderen Seite. Lothar Schwartz hat es immer mit viel Geschick und Einfühlungsvermögen verstanden auszugleichen.

Es ist sicher Zufall, aber doch typisch für Lothar Schwartz, daß er an seinem letzten Arbeitstag im Erich-Ollenhauer-Haus in Bonn bis in die tiefe Nacht hinein die Sitzung des SPD-Vorstandes verfolgte. Er hat sich nie geschont und die 40-Stunden-Woche, die seine Partei für alle Arbeitnehmer, also auch für ihn, erkämpft hatte, war für ihn ein Fremdwort. In diesen Tagen, in denen das Wort Solidarität in aller Munde ist, kann Lothar Schwartz als lebendiges Beispiel dafür gesehen werden.

Die SPD hat Lothar Schwartz viel zu danken. Er hat sich um seine Partei und damit um die Demokratie in der Bundesrepublik verdient gemacht, indem er durch die Vermittlung politischer Inhalte die Bürger zur demokratischen Mitentscheidung erst befähigte. Daß er dabei den in seiner pfälzischen Heimat geprägten Humor nie vernachlässigte, hat seiner Arbeit bestimmt nicht geschadet. Lothar Schwartz hat in vieler Hinsicht Maßstäbe gesetzt.

(-/12.2.1981/ks/ca)

+ + +



Ein Mann der Gradlinigkeit und des beherzten Zupackens

Die SPD Schleswig-Holsteins betrauert den Verlust von Walter Damm

Von Rolf Selzer

Landesgeschäftsführer der SPD in Schleswig-Holstein

Mit Walter Damm verliert die SPD einen ihrer bedeutendsten Gestalter der Nachkriegszeit in Norddeutschland. In seiner Person spiegeln sich Geschichte und Geist der Sozialdemokratie. Er selber schildert in seinen Erinnerungen, wie er über die sozialistische Kinder- und Jugendorganisation "Die Falken" zur SPD und zur Gewerkschaftsbewegung kam.

Walter Damm sagt von diesen seinen Anfangsjahren als Politiker: "Ich selbst wurde schließlich zum Orator einer Gruppe von etwa 50 Jugendlichen gewählt und war nun gezwungen, öffentlich zu reden, was mich endgültig von meinen Komplexen befreite; denn ich habe später nicht einmal mehr vor redogewandten Professoren oder anderen großen Geistern Hemmungen gehabt, wenn ich mich mit ihnen unterhielt. Insofern hat die Arbeiterjugend für mich auch bedeutet, daß ich persönlich frei wurde."

Das war Walter Damm, und so ist er geblieben, ein Mann des offenen Wortes, der Gradlinigkeit und des beherzten Zupackens, ein Mann, der seine ganze Persönlichkeit einsetzte, wenn es galt zu helfen und sozialdemokratische Ideen in die Praxis umzusetzen.

Nach seinen Jugendjahren kam er zur Akademie der Arbeit und erweiterte sein Wissen, das er als Arbeiterkind damals nicht mit der Ausbildung eines Akademikers abschließen konnte, weil die finanziellen Voraussetzungen in der Familie nicht gegeben waren. So war für ihn damals auch der Grundsatz, die Befreiung der Arbeiterklasse könne nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, ein Ansporn, nach dem er politisch tätig wurde. Aus jener Zeit schreibt er: "Wissenschaftler und Intellektuelle dürften bestensfalls zu ein Prozent in der Fraktion zur Beratung der Parlamentarier vertreten sein. Soweit es mehr würden, würden die eigentlichen Forderungen der Arbeiterschaft ins Hintertreffen geraten."

Mit den sozialen Erfolgen der Arbeiterklasse hat sich auch die Struktur der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften gewandelt. So stellt auch Walter Damm mit Stolz fest, daß er, das Arbeiterkind, der Arbeiter, sich in der Sozialdemokratie hochgearbeitet hat und als Aufbauminister nach 1945 seinen Anteil am Wiederaufbau des zerschundenen und zerschlagenen Vaterlandes leisten konnte.

Walter Damm war unorthodox. Aus seiner Zeit als Landrat und als Landesminister, berichten Zeitgenossen, daß er eine besondere Art Spontanität mit in seine Entscheidungen einbrachte und sich über schwerfällige Verwaltungstechniken hinwegsetzte. Die damalige Not und die Notwendigkeit zum Anpacken brachten es mit sich, daß in seiner Ministerzeit und in seiner Landratszeit die Konzentration auf tagespolitische Nöte ausgerichtet war.

Besondere Erfolge verzeichnete Walter Damm im Wohnungsbau und bei der Bewältigung des Flüchtlingsproblems in Schleswig-Holstein.

Der Verstorbene war von 1955 bis 1965 Landesvorsitzender der schleswig-holsteinischen SPD. Neben dem Wiederaufbau der Parteiorganisation nach 1945 ist diese Zeit seiner parteipolitischen Tätigkeit der Abschnitt der Konsolidierung und der Festigung der Parteiorganisation in Schleswig-Holstein. Seine Krönung sah er in einem ganz praktischen organisatorischen Teil der Arbeit, nämlich in der Errichtung der Parteizentrale in Kiel, die für die Sozialdemokraten geradezu ein Denkmal an ihren verehrten ehemaligen Landesvorsitzenden ist.

Walter Damm war Vollblut-Parlamentarier. Angefangen von der Gemeindevertretung über den Kreistag bis hin zum Landtag hat er die parlamentarischen Vertretungen in Schleswig-Holstein aktiv und mit großem Erfolg mitgestaltet. 1947, also bei der ersten Wahlperiode, wurde Walter Damm zum ersten Mal in den Schleswig-Holsteinischen Landtag gewählt. Er gehörte diesem bis zu seinem Ausscheiden im Jahre 1971 ununterbrochen an.

Trotz aller Erfolge und Verehrungen blieb Walter Damm ein bescheidener Mensch. Ihm waren große Worte ein Greuel, und ihn zeichnete andererseits eine Herzlichkeit aus, die vergessen machte, welch großer und bedeutender Mann er gewesen ist.

Automobillobby auf Abwegen
-----**Mineralölsteuer-Hearing brachte keine neuen Gesichtspunkte**

Von Klaus Kübler MdB

Mitglied im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages

Die gestrige Anhörung des Finanzausschusses einer großen Zahl von Verbandsvertretern vor allem zur Frage der Erhöhung der Mineralölsteuer, die sich bis in den Abend hinein zog, brachte keine neuen Gesichtspunkte. Auch die CDU/CSU, die diese Anhörung beantragt hatte, hat ihre Chance, überzeugende Argumente in die Hand zu bekommen, die mehr als im Grunde sehr eng-gesehene Verbandsinteressen sind, nicht erhalten.

Natürlich ist es das gute Recht, daß Verbandsvertreter auch Verbandsinteressen vertreten. Nur, diese Anhörung hat auch gezeigt, daß man dem wirtschaftspolitischen Ziel des Weg-vom-Öl seitens der Mehrzahl der Verbandsvertreter offensichtlich noch nicht den Stellenwert eingeräumt hat, den er wirtschaftspolitisch im nationalen Interesse bereits gefunden hat.

Nur mit Argumenten des eigenen Interesses kann diesem wohl derzeit wichtigsten wirtschaftlichen Problem nicht beigegeben werden. Besonders gespannt mußte man sein auf die Stellungnahmen der deutschen Automobilindustrie. Sie waren mehr als enttäuschend. Wenn die deutsche Automobilindustrie tatsächlich glauben würde, daß die Mineralölsteuererhöhung ein wesentlicher Faktor für ihre Schwierigkeiten mit der japanischen Autokonkurrenz ist, dann müßte man für die Zukunft schwarz sehen. Die Autofahrer, und diese spüren das, müssen sich langfristig auf grundsätzliche Umstellungen einstellen.

Es ist Aufgabe der deutschen Automobilindustrie, sowohl für den Inlandsmarkt aber auch vor allem für den Auslandsmarkt an den Notwendigkeiten der Ölpreise orientierte Autos zu bauen. Und diese Autos müssen vor allem an den Bedürfnissen der Länder in Asien, Mittel- und Südamerika und Afrika orientiert sein. Es ist sicher nicht ganz unwichtig, in diese Länder auch in Zukunft große Regierungslimousinen deutscher Firmen zu liefern. Steigender Export und damit Sicherheit der Arbeitsplätze setzen aber voraus, daß die deutsche Automobilindustrie Autos baut, die an den Bedürfnissen und subjektiven Mentalitäten der Menschen in Asien, Afrika und Mittelamerika orientiert sind. Wenigstens diese Lektion sollten wir von den Japanern mittlererweile gelernt haben.

Wir sollten deshalb nicht auf Nebenkriegsschauplätze ausweichen, daß Gefahren für den deutschen Export durch Mineralölsteuererhöhungen oder durch zu hohe Sozialleistungen entstehen.

Die Produktivität des deutschen Arbeiters in der Automobilindustrie kann sich sehr wohl vergleichen lassen mit der des japanischen. Es wäre schon im Sinne eines vernünftigen Verhältnisses von Unternehmensleistungen und Automobilarbeitnehmern wünschenswert, wenn dies von der Automobilindustrie auch zum Ausdruck gebracht würde. Dies gehört auch zum sozialen Frieden.

(-/12.2.1981/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willy Carl

